

Und wieder von der Schulpolitik des Kt. Bern

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Pädagogische Blätter : Organ des Vereins kathol. Lehrer und Schulmänner der Schweiz**

Band (Jahr): **13 (1906)**

Heft 44

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-539550>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Religion. Jedenfalls führt die Simultanschule zu diesem Ziel, direkt oder indirekt, mit oder ohne Absicht. Der liberale rheinische Kurier schreibt darum mit Recht: „Die Schreier, die im Kampfe das große Wort führen, stehen jenseits von allem Religiösen und Konfessionellen. Ihr Eifer für die Simultanschule ist der Eifer für die religionslose oder religionsfeindliche Schule.“ Wir schließen mit der Resolution des Regensburger Katholikentages (1904): „In der Erwägung, daß das Ziel der Volksschule, die Kinder zu guten Menschen, zu treuen und zuverlässigen Gliedern der Kirche und der menschlichen Gesellschaft und zu Erben des Himmels zu erziehen, nur in der konfessionellen Schule voll und ganz erreicht werden kann, da nur hier der Unterricht und die erziehlichen Maßnahmen den genannten hohen Zielen in möglichst vollkommener Weise angepaßt werden können und nur hier der Lehrer seine ganze Persönlichkeit ohne Einschränkung und ohne Rückhalt in den Dienst der Erziehung stellen darf,“ fordern wir sie auf, mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung der konfessionellen Volksschule und Lehrerbildung einzutreten.

A. B., Reallehrer.

Und wieder von der Schulpolitik des Kt. Bern.

Unter diesem Titel las man den 29. Okt. in der freisinnigen „N. Z. Z.“ also:

„Die Politik soll von der Schule gemieden werden; diese hat sich mit ihr nicht zu beschäftigen. So wird von außen der Schule zugerufen, und so reden auch viele Männer der Schule selbst. Nun, wie man's nimmt. Selbstverständlich wird sich der Lehrer hüten, in der Schule Personenfragen zu streifen, mit denen er Eltern seiner Schulkinder verletzen und zu Bemerkungen veranlassen könnte, die ihm das Vertrauen der Kinder entziehen würden. Klugerweise wird er auch außerhalb der Schule einer einseitigen Parteipolitik aus dem Wege gehen; aber in höherem Sinne des Wortes wird er eben doch Politik treiben, d. h. von öffentlichen Dingen, von Bestrebungen zur Förderung des Gemeinwohles sprechen und hiefür bei der ihm anvertrauten Jugend den Sinn wecken. Es gehört zu den Aufgaben der Schule, das Pflichtgefühl der Gesamtheit gegenüber zu wecken und das Bewußtsein zu stärken, daß das höchste Glück darin besteht, andere glücklich zu machen und das Wohl aller zu fördern. In diesem Sinne in der Schule Politik zu treiben, ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht eines jeden Lehrers.“

Die große Mehrheit der bernischen Lehrerschaft gehört heute noch der freisinnigen Partei an, welche die neue Schule geschaffen hat. 1855 ist indessen von konservativ-pietistischer Seite auf dem Muristalden zu Bern ein Privatseminar gegründet worden, dessen Zöglinge, wenn sie in die Praxis getreten, sich meist der konservativen Partei anschlossen. Sie suchten so viel als möglich den in ihrem Seminar herrschenden Geist zu erhalten, indem sie sich zu Sonderkonferenzen zusammenfinden. Immerhin gibt es unter den Muristaldern auch solche, die nach links, ja wie einzelne Lehrer aus dem Staatsseminar zur äußersten Linken abschwenken, sich den Sozialisten nähern oder geradezu anschließen. So paßt denn die von Herzogenbuchsee (von Nat.=Nat. Dürrenmatt in seiner „Buchzeitg.“ D. Red.) aus oft gebrauchte Bezeichnung, die „radikalen Schulmeister“, lange nicht mehr für die gesamte Lehrerschaft.

Der im Jahre 1892 gegründete Bernische Lehrerverein suchte die Parteigegensätze innerhalb der Lehrerschaft zu beseitigen und alle Lehrer von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zu vereinen zu dem Zwecke: Kampf für ökonomische Besserstellung. Zurzeit gehören diesem Verein sämtliche Primarlehrer und Primarlehrerinnen, über 2300, und eine große Zahl von Sekundarlehrern an. Bei der Gründung hat man den Berner Lehrern zugerufen: Auf die Dauer wird es euch kaum genügen, für eure persönlichen Interessen zu kämpfen. Ein Lehrerverein muß auch für ideale Fragen einstehen, für die Förderung der Schule und der aus ihr hervorgehenden Jugend. Und sie hatten recht, die so riefen. In den letzten Jahren hat der Verein sich jedenfalls auch mit Erziehungsfragen beschäftigt. Nun wurde aber von Nidau aus vor ungefähr zwei Jahren die Anregung gemacht, es solle ein Interessenblatt ins Leben gerufen und ein Vereinssekretär angestellt werden, dessen Aufgabe es sei, seine ganze Kraft im Kampfe für Besserstellung der Lehrer einzusetzen. Beide Vorschläge wurden mit Aufbietung aller möglichen Gründe empfohlen und bekämpft. Sie sind im letzten Frühling von der Delegiertenversammlung behandelt worden und wurden dann einer Spezialkommission zugewiesen, die sie nochmals vor die Delegiertenversammlung bringen wird, worauf wohl eine Urabstimmung erfolgt. Bisher war die Mehrheit der Lehrerschaft den Anregungen nicht günstig gestimmt. Man fürchtet, ein Organ, das ausschließlich für die Interessen der Lehrerschaft eintrete, ohne Berücksichtigung des Wohles der Schule, würde das Volk verstimmen und ebenso die Tätigkeit eines Lehrerssekretärs. Der Kantonalvorstand des Lehrervereins, dessen Mitglieder der Schule angehören, ihre Bedürfnisse und die Bedürfnisse der Lehrer zugleich kennen, werden richtiger für den

Lehrerstand eintreten als ein Sekretär, der als Scharfmacher uns die Sympathie vieler entfremden könnte, die uns zurzeit günstig gestimmt sind. So sagen die Gegner der Nidauer Vorschläge.

Die bisherigen Kantonalvorstände haben denn auch eine rege Tätigkeit entfaltet. Der letzte saß in Biel. Er ist im letzten Frühjahr nach vierjähriger Amtsdauer zurückgetreten. Von ihm rührt eine Besoldungsenquête her, die Auskunft geben soll über die Finanzlage der Gemeinden, über Gemeindebesoldung, Alterszulagen und Gesamtbefoldung. Auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchung will der neue Vorstand vorgehen, der seinen Sitz in Bern hat. In einer Eingabe an die Erziehungs- und die Finanzdirektion will er die Lehrerbefoldungen denen der Bezirksbeamten, der Postbeamten und der Ländjäger gegenüberstellen. Er gedenkt vom Staat eine Aufbesserung von 400 Fr. für jede Lehrstelle zu verlangen. Ein Teil der Lehrerschaft möchte die Minimalbesoldung ganz dem Staat überbinden, es den Gemeinden überlassend, je nach ihren Verhältnissen mehr oder weniger zuzulegen. Die starke Verschiedenheit in der Steuerbelastung der Gemeinden läßt das ratsam erscheinen. Es würde dann auch eher möglich, in abgelegenen Berggemeinden bleibend eine bessere Lehrerschaft zu erhalten. Gerade für diese Gemeinden wäre das zu wünschen, da aus ihnen alljährlich viele junge Leute auswandern; eine gute Schulbildung hilft aber wesentlich mit zu besserem Fortkommen. Indessen liegt für den Staat die Möglichkeit, die gesamte Lehrerbefoldung auf seine Schultern zu nehmen, noch in weiter Ferne. Dazu wird es eines größern Bundesbeitrages bedürfen, einer Revision der Steuergesetzgebung, an der wir nun Jahrzehnte lang erfolglos gearbeitet haben und anderer Geldquellen mehr. Daß in bezug auf die Lehrerbefoldungen etwas geschieht, und daß der Staat für sie in die Tasche greifen muß, das ist auch in der letzten Grobstratsession ausgesprochen worden. Der anhaltende bedenkliche Lehrermangel spricht deutlich genug. Bei den Mittelschullehrern stehen auch ökonomische Fragen im Vordergrund: der Beitrag des Staates an die Stellvertretungskosten, eine Sache, die für die Primarlehrer seit 1894 geregelt ist, sodann die Sicherstellung der Alterspensionen, deren Festsetzung bisher allzusehr der Willkür des Regierungsrates anheimgegeben war, und endlich eine ausreichende Witwen- und Waisenversicherung. Ein Kreis schreiben des Vorstandes des bernischen Mittelschullehrervereins, dessen Präsident Herr Rektor Dr. G. Finsler ist, nimmt zur Besprechung dieser Fragen eine Hauptversammlung auf Ende des nächsten Monats in Aussicht.

Wir geben diese Äußerung unserem Leserkreise wieder, weil sie an sich nicht unbedeutend, und weil der Großteil unserer Leser sie sonst nicht zu Gesichte bekommt.